



NUKLEARWAFFEN

VERBIETEN



ican austria
Kampagne zur Abschaffung
von Nuklearwaffen

ÜBER ICAN

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen (ICAN) ist eine globale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, die für eine nuklearwaffenfreie Welt arbeiten. Wir rufen alle Staaten auf, jetzt an Verhandlungen über einen Vertrag zum unmissver-

ständlichen Verbot von Nuklearwaffen teilzunehmen. ICAN Austria als österreichischer Zweig setzt sich mit der Unterstützung durch die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger*innen für einen Vertrag ein, der Nuklearwaffen endgültig verbietet.

Wozu ein Nuklearwaffenverbot?

Ein Atomkrieg wäre eine gigantische humanitäre Katastrophe. Darum brauchen wir dringend einen internationalen Vertrag, der Nuklearwaffen verbietet.

Nuklearwaffen sind aktuell die einzigen Massenvernichtungswaffen, welche noch nicht durch einen internationalen Vertrag verboten wurden – obwohl sie die zerstörerischsten aller Waffen sind. Ein globales Nuklearwaffenverbot ist lange überfällig und kann mit öffentlichem Druck und dem nötigen politischen Willen in kurzer Zeit erreicht werden. Dann wäre nicht nur der Besitz und Einsatz illegal; das Verbot würde den Weg für die Eliminierung von Nuklearwaffen ebnen. Staaten, die für nukleare Abrüstung sind, beginnen jetzt mit Verhandlungen zu einem Verbotsvertrag.

KATASTROPHALES LEID

Weltweit gibt es immer noch abertausende Nuklearwaffen. Die Detonation einer einzigen über einer Großstadt könnte über eine Million Menschen töten. Der Einsatz von dutzenden oder hunderten würde das globale Klima aus den Fugen bringen. Die Landwirtschaft würde zusammenbrechen, Milliarden Menschen müssten hungern. Angemessene Hilfe wäre unmöglich. Angesichts der katastrophalen Auswirkungen von Nuklearwaffen ist deren Verbot und Eliminierung die einzige verantwortungsvolle Option.

VERPFLICHTUNGEN ERFÜLLEN

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu führen und abzuschließen. Allerdings haben die Nuklearwaffenstaaten bisher keinen Fahrplan für eine nuklearwaffenfreie Welt vorgelegt. Stattdessen modernisieren sie für viel Geld ihre Arsenale. Ein Weiter-so ist keine akzeptable Option, nun muss endlich abgerüstet werden. Solange Nuklearwaffen existieren, gibt es eine reale Gefahr, dass sie eingesetzt werden – ob mit Absicht oder aus Versehen.

NUKLEARWAFFENSTAATEN

Staaten mit eigenen Arsenalen

China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland, USA

Staaten mit US-Nuklearwaffen

Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande, Türkei

Andere Staaten in nuklearen Allianzen

Albanien, Australien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Island, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Tschechien, Ungarn

Wie das Verbot funktioniert

Ein Verbotsvertrag zu Nuklearwaffen ist der nächste Schritt hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt – ob mit oder ohne die Unterstützung der Nuklearwaffenstaaten.

Engagierte Staaten werden 2017 über einen Verbotsvertrag verhandeln – ohne Rücksicht auf die (Nicht-)Teilnahme nuklear bewaffneter Staaten.

Die Alternative würde bedeuten, den Nuklearwaffenstaaten weiter zu erlauben, den Prozess zu kontrollieren und Fortschritte auszubremsen. Diese halten an einem Zweiklassensystem fest – im Rahmen des Vertrages zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NPT), der keine Abrüstung erzwingen kann.

EIN GLOBALES VERBOT

Ein Verbot von Nuklearwaffen

würde weltweit das ermöglichen, was nuklearwaffenfreie Zonen regional erreicht haben – in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, im Südpazifik, Südost- und Zentralasien. So könnten alle unterstützenden Staaten ihre Ablehnung von Nuklearwaffen in einer unmissverständlichen internationalen Rechtsnorm zum Ausdruck bringen. Ein Verbot würde auf dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen aufbauen und diesen stärken. Letzterer hilft zwar, die weitere Verbreitung von Nuklearwaffen zu begrenzen, reicht für nukleare Abrüstung aber nicht aus. Das Nuklearwaffenverbot

ist der fehlende Baustein für eine umfassende Ächtung aller Massenvernichtungswaffen.

ABRÜSTUNG ERMÖGLICHEN

Die Ächtung von Waffentypen ist der erste Schritt zur Eliminierung und erleichtert diese. Das Verbot von biologischen bzw. chemischen Waffen etwa war ein essenzieller Schritt in den weiter andauernden Bemühungen um ihre Eliminierung. Ähnlich wie bei der Bio- oder Chemiewaffenkonvention dürften einem Verbotsvertrag zu Nuklearwaffen auch die Staaten mit nuklearen Arsenalen beitreten – sofern sie sich bereit erklären, diese in

einem festgelegten Zeitplan zu vernichten. Gegebenenfalls können Vereinbarungen getroffen werden, die sicherstellen, dass noch existierende Bestände überprüfbar und unumkehrbar beseitigt werden. Der Verbotsvertrag selbst muss keine Schritte zur weltweiten Eliminierung vorwegnehmen. Vielmehr schafft er das Grundgerüst dazu.

Einmal in Kraft, entzieht er allen Nuklearwaffen zweifelsfrei jede Legitimität. Einmal in Kraft, zieht der Vertrag jede Vorstellung in Zweifel, der Besitz von Nuklearwaffen könne für bestimmte Staaten legitim sein.

VERBOTENE WAFFEN

Es gibt bereits internationale Konventionen, die Biowaffen, Chemiewaffen, Antipersonen-Landminen und Streumunition verbieten. Bisher fehlt ein vergleichbarer Vertrag

über Nuklearwaffen. Die Staatengemeinschaft muss diese völkerrechtliche Lücke schließen. Wie im Falle der Verhandlungen um die Landminen- und Streumunitions-

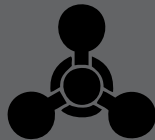
verbote sollten gleichgesinnte Regierungen in enger Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und unabhängig vom Widerstand der Besitzerstaaten voranschreiten.



X BIOLOGISCHE WAFFEN

Verboten durch die Biowaffenkonvention

1972



X CHEMISCHE WAFFEN

Verboten durch die Chemiewaffenkonvention

1993



X LANDMINEN

Verboten durch die Ottawa-Konvention

1997



X STREUMUNITION

Verboten durch das Übereinkommen über Streumunition

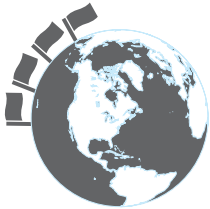
2008



NUKLEARWAFFEN

NOCH NICHT VERBOTEN

WELTWEITE UNTERSTÜTZUNG FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG



ÜBER 120 REGIERUNGEN

Drei Viertel aller Staaten bei den Vereinten Nationen stimmten dafür, 2017 Verhandlungen aufzunehmen, um Nuklearwaffen zu verbieten – darunter fast alle Staaten des Globalen Südens. Sie werden diese Befürwortung nun in die Tat umsetzen und einen Verbotsvertrag verhandeln und abschließen.



ROTES KREUZ UND ROTER HALBMOND

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung – mit rund 100 Millionen Freiwilligen und Angestellten die größte humanitäre Organisation der Welt – hat zu einem rechtsverbindlichen Übereinkommen zum Verbot des Einsatzes und zur Abschaffung von Nuklearwaffen aufgerufen.



GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

Ban Ki-moon hob als UN-Generalsekretär das Fehlen eines völkerrechtlichen Verbotsvertrages zu Nuklearwaffen hervor und sprach sich wiederholt für ein Verbot sowie für die Abschaffung von Nuklearwaffen aus. Ban Ki-moon ist auch ein Unterstützer von ICAN.



VORREITER ÖSTERREICH

Nahezu alle Menschen in Österreich sagen „Ja“ zu einem Nuklearwaffenverbot, das österreichische Parlament hat einstimmig eine Resolution verabschiedet und die Regierung führt diese Position fort: Österreich hat 2016 eine Resolution zum Start von Vertragsverhandlungen in die UNO Vollversammlung miteingebracht.



„Nuklearwaffen sollten stigmatisiert, verboten und vernichtet werden, bevor sie uns auslöschen.“

HEINZ FISCHER, österreichischer Bundespräsident in seiner Eröffnungsrede beim ICAN Civil Society Forum 2014 in Wien

VERHEERENDE AUSWIRKUNGEN

In den letzten Jahren haben sich Regierungen, Zivilgesellschaft und internationale Organisationen verstärkt den verheerenden humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen gewidmet und sie ins Zentrum der Debatte gestellt. Im März 2013 hat die norwegische Regierung erstmalig zu einer Konferenz eingeladen, die sich aus rein humanitärer Perspektive mit der Bedrohung durch Nuklearwaffen auseinandersetzte. Im Jahr 2014 folgten zwei weitere Staatenkonferenzen, die das Thema vertieften, in Mexiko und Österreich. Auf der im Dezember 2014 abgehaltenen Konferenz in Wien verabschiedete die österreichische Regierung eine Erklärung, den "Humanitarian Pledge", dem sich eine große Mehrheit von Staaten anschloss und damit ihre Bereitschaft erklärte, Nuklearwaffen zu verbieten.

Setsuko Thurlow, Hibakusha/Überlebende aus Hiroshima, beim ICAN Civil Society Forum 2014 in Wien



Den Verbotsvertrag verwirklichen

Es gibt keinen Zweifel an der humanitären Notwendigkeit, Nuklearwaffen zu verbieten. Für dieses Ziel muss die Öffentlichkeit mobilisiert und politisch Initiative ergriffen werden.

Seit 2010 rücken die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen auch bei Debatten um die beste Strategie für nukleare Abrüstung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie verdeutlichen, wie dringend ein Verbotsvertrag ist. Die verheerenden Folgen wurden in Hiroshima und Nagasaki sowie in unzähligen Tests dokumentiert. Ihre Nachweise sind für ein völkerrechtliches Verbot mehr als ausreichend.

MOBILISIERUNG

Seit 2007 arbeitet ICAN als Koalition von Organisationen in über 100 Staaten daran, die Bedrohung

durch Nuklearwaffen auf die politische Agenda zu setzen. ICAN organisiert Konferenzen, Workshops, Ausstellungen, Filmvorführungen und weltweite Proteste, und trägt damit die Idee eines Nuklearwaffenverbots in die Vereinten Nationen, in Parlamente, Schulen und soziale Medien. Die Forderung von ICAN trifft auf viele offene Ohren und wird teilweise begeistert begrüßt.

POLITISCHE INITIATIVE

Nuklearwaffenfreie Staaten beklagen seit Jahrzehnten den mangelnden Fortschritt in der nuklearen Abrüstung. Viele sorgen

sich, weil weiter aufgerüstet wird und die Arsenale modernisiert werden. Wenngleich die Situation frustrierend ist, sind diese Staaten keineswegs machtlos. Immerhin stellen sie die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft. Durch ihre Zusammenarbeit werden sie ein mächtiges rechtliches Instrument schaffen: Ein weltumspannender Verbotsvertrag wird Nuklearwaffen nicht nur stigmatisieren, sondern gewaltigen Druck für nukleare Abrüstung ausüben. Es ist an der Zeit, diese Initiative bekannt zu machen und für Unterstützung zu werben.

AKTIV WERDEN FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG

Regierungen sollten:

- die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen anerkennen
- an den Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen konstruktiv teilnehmen

Die Zivilgesellschaft sollte:

- die Öffentlichkeit über die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen aufklären
- sich am Netzwerk zur Unterstützung eines Verbotsvertrages zu Nuklearwaffen beteiligen

Häufig gestellte Fragen

1. Kann ein Verbot ohne die Nuklearwaffenstaaten verhandelt werden?

Ja. Zwar sollten die neun Nuklearwaffenstaaten dazu ermutigt werden, den Verhandlungen beizutreten, ihre Teilnahme ist aber nicht zwingend. Der Verhandlungsprozess wurde von den nuklearwaffenfreien Staaten gegen den Willen der meisten Nuklearwaffenstaaten und ihrer Alliierten angestoßen.

Vereinbarungen, welche die gegenseitige Überprüfbarkeit des Abrüstungsprozesses sicherstellen, können zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit den Nuklearwaffenstaaten verhandelt werden, sobald diese hierzu bereit sind. Wichtig ist, dass zunächst ein unmissverständliches, völkerrechtliches Verbot von Nuklearwaffen verabschiedet wird.

2. Können NATO-Staaten die Verhandlungen zum Verbotsvertrag unterstützen?

Ja. Alle NATO-Mitglieder haben sich dem langfristigen Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt verschrieben. Kein Staat müsste aus der NATO oder anderen Bündnissen austreten, solange er sich danach auf ein Sicherheitskonzept stützt, welches ohne Nuklearwaffen auskommt.

3. Würde ein Verbotsvertrag zur Nichtverbreitung beitragen?

Ja. Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn potenzielle Nuklearwaffenstaaten echte Fortschritte hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt sehen, kann die Verbreitung von Nuklearwaffen besser verhindert werden. Die Doppelmoral, dass nur bestimmte Staaten Nuklearwaffen behalten dür-

fen, schwächt die Glaubwürdigkeit des Regimes gegen die Weitergabe von Nuklearwaffen. Bei einem Verbot hingegen müssten sich alle Staaten an die gleichen Regeln halten.

4. Widerspricht ein Verbot dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen?

Nein. Ein Verbotsvertrag würde diesen Vertrag ergänzen und stärken. Letzterer bleibt so lange in Kraft, wie es die Vertragsparteien wünschen. Artikel 6 verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung zu führen. Ein Verbot wäre ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung dieser Verpflichtung.

5. Was ist der praktische Nutzen einer Stigmatisierung?

Ein Verbot stärkt das Tabu, Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder

gar einzusetzen. Ein Verbot würde die Alliierten von Nuklearwaffenstaaten dazu drängen, den Besitz von Nuklearwaffen und die Abschreckungsdoctrin nicht länger zu unterstützen. Ein Verbotsvertrag wäre auch ein starkes Argument dafür, dass Kreditinstitute nicht länger in die Produktion von Nuklearwaffen investieren können.

6. Würde ein Verbotsvertrag unsere Welt sicherer machen?

Ein Nuklearwaffenverbot würde die Sicherheit aller erhöhen – insbesondere die Sicherheit der Menschen, die in nuklear bewaffneten Staaten leben. Auch Menschen in nuklearwaffenfreien Staaten wären sicherer, denn auch jeder „begrenzte“, regionale Atomkrieg hätte globale Auswirkungen.



Unterstütze ICAN und engagier dich. Mehr Informationen dazu gibt es unter www.icanaustria.at.

„Mit Deiner Unterstützung und ICAN können wir es erreichen –
den gesamten Weg bis hin zu null Nuklearwaffen.“

DESMOND TUTU, Friedensnobelpreisträger

„Ich kann mir eine Welt ohne Nuklearwaffen vorstellen, und ich unterstütze ICAN.“

DALAI LAMA, buddhistisches spirituelles Oberhaupt

„Zusammen können wir es schaffen! Mit Deiner Hilfe wird unsere Stimme noch stärker!“

YOKO ONO, Friedensaktivistin und Künstlerin

www.icanaustria.at

fb.com/icanaustria

[@icanaustria](https://twitter.com/icanaustria)